



Der (etwas) vergessene Arbeitskampf

Seit über acht Monaten streiken die Beschäftigten im Handel für neue Tarifabschlüsse – von Marc Jäger*

In: *express* 12/2023

Anfang November kam die Nachricht, die wie ein Blitz einschlug. Der Arbeitgeberverband sagte alle weiteren regionalen Tarifverhandlungen ab und forderte ein »Spitzengespräch« auf Bundesebene. Ein Novum und ein Skandal, mit dem jede Tarifautonomie untergraben würde: Mandatierte Tarifkommissionen sollen nicht mehr für ihre Tarifgebiete verhandeln, sondern auf das Ergebnis eines einzelnen Gesprächs hoffen.

Während die Tarifrunde der Länder und die Erklärungen der GDL schon breite Aufmerksamkeit erhielten, bevor sie überhaupt in die Tarifverhandlungen eintraten, blieb dieser skandalöse Anschlag auf die Tarifautonomie weitgehend unbeachtet. Beim dahinterstehenden Arbeitgeberverband handelt es sich um den HDE (Handelsverband Deutschland), und die Tarifrunde, um die es geht, ist die des Einzel- und Versandhandels. Das ist eine der beiden großen Tarifrunden innerhalb des Handels neben dem Bereich Groß- und Außenhandel.

Um das Geschehen richtig einzuordnen, muss man zurück in den April 2023 gehen, denn die Tarifrunde des Handels dauert schon über acht Monate an. Bereits im Frühjahr war klar, dass sich diese Verhandlungen anders als sonst gestalten, denn man stand und steht an einem historischen Punkt. Werden im Groß- und Außenhandel sowie im Einzel- und Versandhandel keine Abschlüsse gemacht, die einigermaßen die Inflation auffangen können, droht für viele nicht nur ein immenser Reallohnverlust, sondern eine akute Existenznot und perspektivisch hohe Altersarmut. Der Einzelhandel ist dabei von der Ausgangslage her noch prekärer und soll in diesem Text in den Fokus genommen werden, um den Rahmen nicht völlig zu sprengen. In der Branche sind vor allem nichtmännliche Personen beschäftigt (ca. 70 Prozent), die Teilzeitquote ist relativ hoch: Gerade einmal knapp 37 Prozent arbeiteten 2022 in Vollzeit. Die Tarifbindung sinkt immer weiter und die Einkommen lagen 2022 ungefähr 20 Prozent unter dem Bruttodurchschnitt der Gesamtwirtschaft (2.745 Euro im Vergleich zu einem Durchschnitt von 3.411 Euro).

Da die Arbeitgeber:innen seit Jahren versuchen, möglichst flexible und leicht austauschbare Beschäftigte anzustellen, um auch in umsatzstarken Jahren die Personalkosten so klein wie möglich zu halten, werden immer weniger Vollzeitstellen angeboten. Wer alleinerziehend ist und deswegen nicht Vollzeit arbeiten kann, ist sehr willkommen, kann aber nicht erwarten, dass aufgrund der privaten Lebensumstände finanzielle Zugeständnisse gemacht werden. Das hat dazu geführt, dass aktuell bis zu 90 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel keine 1.000 Euro Rente netto haben werden. Nur der Blick in die Gastronomie ist noch erschreckender.

Die Arbeitgeber:innen, die überhaupt noch den Tarifvertrag anwenden, sind nicht die familiären Mittelstandsbetriebe, die häufig romantisch verklärt werden, sondern es handelt sich um milliardenschwere Unternehmen wie EDEKA, Rewe oder IKEA, die seit Jahren Rekordumsätze und entsprechende Gewinne erzielen, mit denen sie vor ein paar Jahren nicht in ihren kühnsten BWL-Träumen gerechnet hätten. Wirtschaftliche Riesen also, die sich nach außen

als sozial und sympathisch nahbar verkaufen, jedoch immer mehr Stellenabbau betreiben, so dass die Beschäftigten nicht nur wenig Geld auf dem Konto haben, sondern gleichzeitig mit Leistungsverdichtung konfrontiert sind. Unternehmen wie EDEKA und Rewe sind nicht nur im Einzelhandel, sondern auch im Großhandel ganz weit vorne dabei, da sie ihre Filialen über eigene Groß- und Zentrallager versorgen.

Arbeitskampf im Handel hieß über Jahre, dass sich ein Bruchteil der Beschäftigten gegen diese Ungerechtigkeiten gestellt hat. 2008 ging die Tarifrunde über 18 Monate, nicht weil man besonders hohe Abschlüsse erkämpfen wollte, sondern weil die Arbeitgeber:innen den Manteltarifvertrag öffneten und dieser nur mit Mühe und Not wieder, auf Kosten der Samstagzuschläge, geschlossen werden konnte. Große und gut organisierte Betriebe sind zudem insolvent gegangen und haben große Löcher in die Reihen der gewerkschaftlichen Mobilisierbarkeit gerissen. Galeria Karstadt Kaufhof und Real sind die bekanntesten Beispiele.

Mit dem Wissen hierüber sind auch die Arbeitgeber:innen in die Verhandlungen gegangen und haben sich offenbar erhofft, die Löhne im Rahmen der Tarifrunde noch weiter drücken zu können. Doch seitdem zahlen sie viel Lehrgeld. Denn in Anbetracht der Abschlüsse der vergangenen Jahre und des Inflationsdrucks ist ein Arbeitskampf losgebrochen, mit dem weder sie noch die Aktiven selbst gerechnet haben. Immer mehr Belegschaften ermächtigen sich selbst und nehmen den Kampf an. Die Forderungen lauten von Anfang an: Erhöhung von 2,50 Euro pro Stunde bei mindestens 13,50 Euro, 250 Euro mehr für Azubis und eine Laufzeit von zwölf Monaten.

Die lange Dauer der Tarifrunde ist nicht mit einer Verschleppung von beiden Seiten zu erklären, sondern sie ist ein Indikator dafür, dass der HDE nicht bereit ist, zukunftsfähige Tarifverträge im Einzelhandel abzuschließen. Außerdem ist er nicht gewohnt, mit einer streikfähigeren Bewegung in den Belegschaften umzugehen. Streikbruchprämien (bei EDEKA Minden-Hannover gab es neben 180 Euro brutto ein Überraschungspaket für 20 Euro in den Zentrallagern), gezielte Einschüchterungen von Aktiven und Streikenden, Abmahnungen und Gängelung gehören dabei zum Alltagsgeschäft im laufenden Arbeitskampf. Dass auf einmal alle Verhandlungen abgesagt werden, um auf Bundesebene ein Spitzengespräch zu erwirken, ist ein Zeichen dafür, dass die Methoden der Konzerne nicht mehr so effektiv funktionieren. Dennoch wird darauf gedrängt, das letzte Angebot (sechs Prozent rückwirkend für 2023 bei drei Nullmonaten, eine Erhöhung um vier Prozent im Jahr 2024 sowie eine Inflationsausgleichsprämie von 750 Euro bei einem tariflichen Mindestlohn von 13 Euro) anzunehmen, welches in den meisten Tarifgebieten niemals als ein solches unterbreitet wurde.

Viele Kolleg:innen haben sich inzwischen an die repressiven Maßnahmen gewöhnt und die Angst davor weitgehend verloren. Im und um das eingeforderte Spitzengespräch wurde eine Drohkulisse aufgebaut, falls es keine baldige Einigung geben würde:

- Kein Maßregelungsverbot für die Unternehmen nach Tarifabschluss, das heißt: es gäbe keine interne Regulierung, die im Nachgang gezielte Repressionen gegenüber Streikenden verhindern würde.
- Keine Rückwirkung auf 2023, also Nullmonate ab April dieses Jahres.
- Infragestellung des Flächentarifvertrags.

Um die Kommunikation nicht einbrechen zu lassen, hat sich ver.di auf ein solches Spitzengespräch mit der Zielsetzung eingelassen, wieder zurück an die Verhandlungstische in den einzelnen Tarifgebieten zu kommen. Die Arbeitgeberseite wurde neben dem HDE selbst von REWE, EDEKA, Kaufland, OTTO und IKEA vertreten. Nachdem der HDE zusagte, eine Empfehlung für die Rückkehr zu den einzelnen Tarifverhandlungen zu geben, wurde bis auf einen neuen Termin in Hamburg (der aufgrund von Krankheit entfiel) keine einzige Verhandlung wieder aufgenommen. Somit steht man nach einem verlorenen Monat wieder vor derselben Situation wie im November. Es gibt aktuell keine Verhandlungen mehr und der HDE ist nicht zu Zugeständnissen bereit. »Für uns ist völlig unverständlich, warum die Gewerkschaft hier noch nicht zugestimmt hat. Denn die Inflation ist aktuell wieder stark rückläufig, nach Weihnachten verhandeln wir als Arbeitgeber:innen unter völlig anderen wirtschaftlichen Vorzeichen«, sagte der HDE-Tarifgeschäftsführer Steven Haarke dazu in einer Stellungnahme

vom 7. Dezember 2023. Die Inflation mussten die Kolleg:innen ertragen, jetzt sollen sie aber Verständnis für die umsatzschwächeren Monate bei den Unternehmen zeigen.

Natürlich zeigt dieses Gebaren teilweise auch Wirkung, denn es fehlt dem Arbeitskampf eine solidarische Gegenöffentlichkeit. Eine weitere Ausweitung des Konflikts ist aktuell schwer realisierbar, denn seit Monaten interessiert sich die Presse wenig für den Tarifkonflikt, Politiker:innen zeigen sich selten solidarisch oder tauchen erst gar nicht auf den Veranstaltungen auf. Die Zusammenführung der Kämpfe mit den Streiks in der TVL-Runde hat hingegen wieder neue Energie gebracht: Zusammen mit Unikliniken, Staatstheatern, TVStud und den anderen Hochschulbeschäftigten ging es gemeinsam auf die Straße.

Ein Ende der Arbeitskämpfe im Handel ist noch nicht in Sicht. Es geht dabei nicht nur um die zukünftige Entwicklung der Branche, sondern auch um den Respekt, der den Kolleg:innen gebührt.

**Marc Jäger lebt in Braunschweig und ist Gewerkschaftssekretär im ver.di Fachbereich D (Handel) im Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12